Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,20 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Alle Postanstalten und Postboten und unsere Austräger nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr 199. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Freitag, den 26. August 1927

Die Nordmark.

Der Europäische Minderheitenkongreß in Genf hatte vor Schluß noch einen Zwischenfall, der zu einer ernsten Krise der ganzen Bewegung zu werden drohte. Der polnische Generalsekretär des Verbandes der nationalen Minderheiten in Deutschland, Kaczmarek, erklärte plötzlich, daß seine Gruppe aus dem Kongreß ausscheide. Als Grund gab er an, weil man die Friesen, eine geringe Minderheit in Deutschland, nicht zum Kongreß zugelassen habe. Außerdem sollen verschiedene Redner, so behauptete er, den Kongreß zu einem politischen zugunsten einseitiger Machtpolitik gemacht haben. Zum allgemeinen Erstaunen erklärte später der Vertreter der dänischen Gruppe, daß auch diese infolge der Friesenfrage sich vom Kongreß zurückziehe. Da sich aber die Vertreter aller anderen Minderheiten sofort hinter den Präsidenten Wilfan stellten, der die Ausführungen Kaczmareks als unberechtigt abwies, und Wilfans Stellungnahme billigten, so kann man annehmen, daß vorläufig eine Gefahr für das Weiterbestehen der Minderheitenbewegung nicht vorhanden ist. Der Vorsitzende will übrigens versuchen, die Ausgeschiedenen wieder zur Mitarbeit zu bewegen.

Daß der Vorstoß gerade von polnischer Seite kam, ist nicht zu verwundern. Gerade Polen ist die ganze Minderheitsbewegung ein Dorn im Auge. Es sündigt auf diesem Gebiete am meisten und fürchtet deshalb, daß eines schönen Tages der Völkerbund doch die Sache in die Hand nehme und den Minderheiten zu ihren verbrieften Rechten verhelfe. Der polnische Vertreter nahm deshalb auch nur die Friesen zum Vorwand. Er wollte die Sprengbombe an den ganzen Kongreß und damit die Bewegung legen. Als Angehöriger der polnischen Minderheit in Deutschland kann er dies auch ruhig, ohne sich selbst zu schaden. Die Polen in Deutschland erfreuen sich der weitesten kulturellen Freiheit. Die Deutschen in Polen wären froh, wenn sie dasselbe von sich sagen könnten. Das Deutschtum in Polen soll aber mit aller Gewalt unterdrückt und die Stelle verstopft werden, durch die seine Klagen das Ohr der Welt erreichen.

Daß die Dänen mitmachen, zeigt die andere Seite der Angelegenheit. Hier spielen die Verhältnisse der deutschen Nordmark hinein. Fast alle diejenigen, die seinerzeit für Dänemark stimmten und so die Abtretung von Nordschleswig verursachten, möchten jetzt diesen Schritt ungeschehen machen. Das ihnen damals von dänischer Seite Verheißene geht nicht in Erfüllung. Sie geraten immer mehr in wirtschaftliche Not, so daß ein Ausweg gefunden werden muß. In den von Deutschland abgetrennten Teilen der Nordmark bestehen zurzeit drei Richtungen. Die großdänische will unter allen Umständen den jetzigen Zustand aufrechterhalten und allmählich die alte schleswigsche Bevölkerung durch Dänen ersetzen. Der klarer blickende Teil sieht den Ausweg in der Rückkehr zu Deutschland, während der dritte Teil die Bildung eines selbständigen Herzogtums Schleswig in Personalunion mit Dänemark anstrebt. Außerdem besteht in Dänemark eine chauvinistische Strömung, die als Endziel die Vereinigung ganz Schleswigs mit Dänemark im Auge hat, also auch noch den deutsch gebliebenen Teil haben will. Dabei spielt nun die Friesenfrage eine gewisse Rolle.

Die dänische Minderheit in Deutschland kann sich in Wirklichkeit nicht beklagen. Jeder, der in die Nordmark kommt, kann sich mit eigenen Augen überzeugen, daß sie auf ihre Fasson selig werden kann. Da ist man nun auf den Ausweg verfallen, eine bedrängte Minderheit zu schaffen, die man befreien will. Ein großer Teil der Bewohner Schleswigs ist friesischer Abstammung. Diese stempelte man in Dänemark nun plötzlich zu einer eigenen Nation, die natürlich nur eine Abart des Dänischen sei und die von den Deutschen an der Entfaltung ihrer Eigenart gehindert werde. So soll der Vorwand vorbereitet werden, unter dem man mit Billigung der Welt bei geeigneter Gelegenheit den neuen Raub an Deutschland ausführen kann.

Die Friesen werden sich selbst am meisten über diese ihnen zugedachte Rolle wundern. Sie haben stets den größten Wert darauf gelegt, ein deutscher Stamm zu sein, und werden auch von der ganzen Welt dafür gehalten. Das Präsidium des Minderheitenkongresses mußte den Antrag auf Zulassung der Friesen zurückweisen, da der statutengemäß notwendige Beschluß einer friesischen Minderheit nicht vorlag. Vielmehr hatte es die weit überlegene Mehrheit der friesischen Bevölkerung abgelehnt, sich als eine Minderheit in Deutschland anzusehen. Den Polen kam die Erfindung einer friesischen Minderheit in Deutschland sehr gelegen. Sie wollten diese Frage ausnutzen, um sich die Möglichkeit zu verschaffen, unbeachtet von der Welt ihre Unterdrückungstaktik weiter fortsetzen zu können.

*

Appell an den Völkerbund.

Der europäische Nationalitätenkongreß beendete seine diesjährigen Beratungen mit der Annahme einer Anzahl Resolutionen, die sich in erster Linie auf die Staatensouveränität und die Minderheitsrechte, auf die innen- und zwischenstaatliche Zusammenarbeit der Nationalitäten, auf die Gefährdung des europäischen Friedens durch die nationale Unduldsamkeit, sowie auf die Nationalitätenkunde bezogen. In einer besonderen Resolution wird ein Appell an den Völkerbund gerichtet, unverzüglich an die ernsthafte Behandlung des Minderheitenproblems heranzutreten.

Ernster Zwischenfall auf der Tagung d. Friedensunion

Interparlamentarische Tagung in Paris.

Eine Rede Poincarés.

In Anwesenheit von etwa 400 Parlamentariern aus 35 Staaten ist in Paris die 24. Jahreskonferenz der Interparlamentarischen Friedensunion durch den Vorsitzenden, Baron Adelswaert, eröffnet worden. Die deutsche parlamentarische Delegation umfaßt 37 Mitglieder, unter denen erwähnt seien: Deutschnationale Volkspartei: Dietrich, früherer Vizepräsident des Reichstages, und Leopold; Deutsche Volkspartei: Dr. Schnee, Dr. Mittelmann, Dr. Gildemeister, Frau Mende und Frau Matz; Bayerische Volkspartei: Schwarzer; Wirtschaftliche Vereinigung: Mollath; Zentrum: Pfarrer Ulitzka, der württembergische Innenminister Bolz, Frau Teusch und Frau Philipps; Demokraten: Dr. Dernburg, Prof. Schücking, Prof. Bergstrasser und Brodauf; Sozialdemokraten: Reichstagspräsident Löbe, Dr. David, Sollmann, Dr. Hertz, Dr. Moses, Frau Juchacz und Wilhelm Heile. Zum Vorsitzenden der Tagung wurde Senatspräsident Doumer gewählt. Er erinnerte daran, daß es die Aufgabe der in Paris gegründeten Union sei, neben dem Völkerbund mit größerer Freiheit und mit einer weniger schweren Verantwortlichkeit die ernsten Probleme, die eine Lösung forderten, zu prüfen. Hierauf ergriff Ministerpräsident Poincaré das Wort, um im Namen der französischen Regierung die Kongreßteilnehmer zu begrüßen.

Die Lehre des Krieges, sagte er, sei die, daß man in noch stärkerem Maße jedes Werk unterstützen müsse, das der Annäherung diene. Das Vorhandensein unabhängiger Nationen, die einander nacheiferten und sich nicht mehr feindlich gegenüberständen, sei eine der unerläßlichen Bürgschaften für den Fortschritt der Zivilisation. Trotz des Völkerbundes sei die Interparlamentarische Union nicht überflüssig, weil sie, auf demokratischer Grundlage gegliedert, die Vertreter der öffentlichen Meinung jedes Landes in sich schließe, die freier und ungebundener als die Vertreter der Regierungen über die wichtigsten Fragen zur Sicherung der Solidarität der Völker beraten und dazu beitragen können. Isolieren könne sich kein Volk, weder wirtschaftlich noch politisch noch moralisch. Aufgabe der Interparlamentarischen Union müsse es sein, so sehr wie möglich das zu beseitigen, was die Nationen entzweit, und das zu festigen, was sie einander näherbringt.

Löbe über die Rheinlandbesetzung.

Nachdem Poincaré, dessen Rede bei der Mehrheit der Delegierten Beifall fand, geendet hatte, begann der Kongreß die Debatte über den Jahresbericht, und das Wort nahm Reichstagspräsident Löbe.

Die Interparlamentarische Union, sagte er, sehe ihre Aufgabe besonders darin, den Gedanken der internationalen Schiedsgerichte immer mehr in die Praxis umzusetzen. Leider seien aber die großen Hoffnungen, die in den letzten beiden Jahren besonders die deutsche Öffentlichkeit beseelt hätten, nicht ganz erfüllt worden. Ein gewisser Stillstand in der Annäherungspolitik sei eingetreten, aber es gelte endlich, von Worten zu Taten überzugehen. Da der Kongreß gerade in Paris tage, erhebe sich die Frage, ob Frankreich nicht öffentlich erklären sollte, daß vom 1. Januar 1928 ab kein französischer Soldat mehr auf deutschem Boden stehen werde. Es widerspreche der Tatsache der deutsch-französischen Annäherung ebenso wie der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, wie endlich dem Geiste von Locarno, daß die militärische Besetzung im Rheinlande andauere.

Auch Löbes Rede wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Es sprach dann noch ein kanadischer Delegierter im Sinne des Völkerfriedens und der Völkerversöhnung.

Jouvenels Antwort: Frankreich fordert ein Ostlocarno!

Zu Beginn der Nachmittagssitzung antwortete dem Reichstagspräsidenten als erster der französische Senator Hubert, der als französischer Delegierter an der Septembertagung des Völkerbundes teilnehmen wird. Hubert wies darauf hin, daß Frankreich, das immer versöhnlichen Geist zeige, Deutschland bereits in weitem Umfange entgegengekommen sei. Wohl sei die deutsch-französische Verständigung ein Eckpfeiler des Weltfriedens, doch sei es nicht leicht, von einem Tag auf den anderen die Folgen jahrhundertelanger Kämpfe zu verwischen.

Danach wandte sich de Jouvenel heftig gegen die Aufrollung der Frage der Schuld Frankreichs am Weltkriege und die Reichstagsveröffentlichungen über die belgische Neutralität. Derartige Untersuchungen würden nur die internationalen Beziehungen zwischen den Staaten verschlechtern. Erst eine spätere Generation würde mit der Objektivität eines Richters urteilen können.

Dann wandte er sich Loebes Ausführungen zu. Der Reichstagspräsident hätte nur, betonte er, mit einem gewissen Zögern von dem Frieden gesprochen. Das sei die Folge der Tatsache, daß in Locarno zwei verschiedene politische Situationen in Europa geschaffen worden seien: Ein Westeuropa mit anerkannten Grenzen und ein Osteuropa mit nicht anerkannten Grenzen. Solange die Ostgrenzen nicht wirklich anerkannt seien, müsse Frankreich im Rheinlande bleiben. Ein neuer Unruhefaktor in der europäischen Politik sei auch der gleichzeitig mit Deutschlands Völkerbundseintritt zustandegekommene deutsch-russische Vertrag geworden. Wenn Herr Loebe die Rheinlandräumung zum 1. Jan. 1928 fordere, so müsse ihm geantwortet werden, daß die Besetzung der Rheinlande die einzige Garantie für die Aufrechterhaltung des Friedens in Osteuropa darstelle. Was würde von der deutsch-französischen Freundschaft übrig bleiben, wenn die Franzosen das Rheinland räumen würden, im Laufe von zwei oder drei Jahren die Daweszahlungen nicht inne gehalten werden und die Franzosen ihren neuen deutschen Freund im Kampf mit ihrem früheren Verbündeten erblicken müßten? (!) (De Jouvenel meint augenscheinlich Polen.) Seit langem Verfeindete dürften nur langsam die Bande der Freundschaft knüpfen. Frankreich wünsche den Frieden, aber es wolle nicht seinen Frieden von dem Frieden der anderen trennen. Frankreich wünsche ein Europa, einen gemeinsamen Frieden. De Jouvenel schloß mit den Worten, daß auch er für die Räumung des Rheinlandes sei, wenn auch unter der Voraussetzung, daß vorher erst ein Ost-Locarno geschaffen werden würde.

Seine Ausführungen, die von Beifallsstürmen auf den Bänken der Polen unterbrochen wurden, wurden von den deutschen Parlamentariern mit lebhaftem „Hört, Hört" und mit den Worten „unerhört" begleitet.

Nach de Jouvenel betrat der deutsche Senator Heller aus der Tschechoslowakei die Tribüne und erklärte, es sei für jeden Deutschen schmerzlich gewesen, die Aeußerungen de Jouvenels anzuhören, die sicherlich nicht der Gemeinschaftsarbeit in der Interparlamentarischen Union nützlich sein werde. Morgen wird ein deutsches Delegationsmitglied de Jouvenel antworten.

*

Die deutschen Parlamentarier zur Jouvenel-Rede.

Paris, 25. August. Wie die Telegraphen-Union erfährt, betrachten die deutschen Parlamentarier die Ausführungen de Jouvenels als einen schweren Schlag gegen die von Briand erfolgte Verständigungspolitik. Die deutschen Parlamentarier werden in ihrer Antwortrede zum Ausdruck bringen, daß die Stresemann-Briandsche Verständigungspolitik auf wesentlich anderer Grundlage aufgebaut ist, als die Ausführungen de Jouvenels, die man in französischen politischen Kreisen auf die Vermutung zurückführe, daß Poincaré gern de Jouvenel als Nachfolger Briands in seinem Kabinett sähe.

Reformbedürftigkeit des amerikanischen Strafprozesses.

Neue Ausschreitungen wegen Sacco—Vanzetti.

Bundesanwalt Tuttle vom Newyorker Distrikt erklärte in einer Ansprache, ohne den Sacco-Fall ausdrücklich zu nennen, der amerikanische Strafprozeß sei von einem der obersten Bundesrichter als Skandal bezeichnet worden. Kürzliche Vorkommnisse zeigten jedoch, daß es sich nicht nur um einen nationalen Skandal, sondern auch um eine nationale Gefahr handle, die im Inland das Vertrauen und die Sicherheit zerstöre und im Ausland Kritik und Protest errege. Die Reform des Strafprozesses sei eine alte Forderung und jetzt eine Sache der nationalen Sicherheit.

Inzwischen dauern die Kundgebungen wegen Sacco—Vanzetti fort. In Hamburg kam es zu besonders schweren Ausschreitungen, wobei ein

Polizeiwachtmeister getötet

wurde. Er wurde aus einem Straßenbahnwagen herausgerissen und in schwerster Weise mißhandelt. Es gelang ihm, sich loszureißen und zu fliehen. Aber er brach bald infolge der erlittenen Kopfverletzungen zusammen und wurde nun von etwa 50 bis 60 jungen Burschen um-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF